

Beteiligung am Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur Positionierung für die UNCSO 2012 in Rio de Janeiro

Die Europäische Kommission lädt Bürger, Organisationen und staatliche Stellen ein, sich am Konsultationsverfahren für eine Kommissions-Mitteilung im Vorfeld der UNCSO 2012 zu beteiligen. Sie bittet dabei um Beantwortung eines von ihr erstellten Fragebogens. Die Antworten werden von der Kommission im Internet veröffentlicht.

Die Berichterstatter Rio20plus haben sich darauf verständigt, jene Fragen zu beantworten, zu denen bereits Konsens im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung besteht. Da die Antworten auf 200 Wörter begrenzt sind, wird zusätzlich ein kurzes Positionspapier eingereicht.

(Zu Frage 1) Wichtigste Errungenschaften seit 1992 und verbleibende Herausforderungen

In Deutschland wurde erstmals 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Gleichzeitig wurde ein Indikatorensystem geschaffen, anhand dessen der Grad des Fortschritts in nachhaltiger Entwicklung gemessen werden kann. Die Bundesregierung schreibt die Strategie seit 2004 alle vier Jahre fort. Der von der Bundesregierung 2001 eingesetzte Rat für nachhaltige Entwicklung, dem 15 Personen des öffentlichen Lebens angehören, sowie der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begleiten diese Fortschreibung.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag (PBNE), wurde erstmals im Jahr 2004 als Gremium des Deutschen Bundestages eingesetzt. Seitdem hat der PBNE stetig an Bedeutung gewonnen. So hat er erreicht, dass Gesetzentwürfe und Verordnungen der Bundesregierung seit 2009/2010 durch die federführenden Ministerien formal einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen werden. Auch wenn der formale und inhaltliche Ablauf dieser Prüfung in den Ministerien im Detail noch verbesserungswürdig ist, so sorgt der PBNE durch seine regelmäßige Bewertung dieser Prüfung doch für eine zunehmende Wahrnehmung von Nachhaltigkeitsaspekten und sensibilisiert Regierung, Parlament und Medien für die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie.

Aus Sicht des PBNE hat die UNCSO 1992 einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass der Nachhaltigkeitsgedanke sich in der Politik etablieren konnte. Im Rahmen seiner Aufgaben hat der PBNE im März 2011 Stellung genommen zur Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (ESDS). Hier stellt er fest, dass die Verankerung von Nachhaltigkeit sowohl im Europäischen Parlament als auch in den nationalen Parlamenten der EU-27 häufig noch mangelhaft ist. Zumindest gibt es in vielen Bereichen deutliche Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten. Das bedeutet für die Zukunft, dass das Augenmerk mehr auf jene Staaten zu richten ist, die größeren Nachholbedarf beim Erreichen der Ziele der ESDS haben.

(Zu Frage 2) EU-Beiträge zu globaler nachhaltiger Entwicklung und verbleibende Aufgaben

Der PBNE empfiehlt der Europäischen Union, die Fortschreibung der ESDS auf der EU-Ratssitzung – wie ursprünglich geplant – noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen. Dieser Beschluss wäre ein wichtiges Signal an die Konferenz Rio+20 im Juni 2012, um zu verdeutlichen, dass die Europäische Union nicht nur eine Nachhaltigkeitsstrategie zu deklamatorischen Zwecken um der Pflicht zu genügen erarbeitet hat, sondern dass die EU das Thema Nachhaltige Entwicklung auch künftig mit großem Engagement betreiben wird. Die Fortschreibung selber sollte im Anschluss an die Konferenz Rio+20 beginnen. Damit würde ge-

währleistet, dass die Ergebnisse der Konferenz in der weiterentwickelten EU-Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden können.

(Zu Frage 4) Konkrete Maßnahmen und Instrumente im Bereich *Green Economy*, die die größten Potenziale bergen, sowie einen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Schaffung neuer Jobs leisten

Der PBNE hält die Schwerpunkte Umwelttechnologien bei der Energieversorgung und Verkehr für Bereiche mit großem Potenzial. Die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien ist ein Ziel der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (ESDS). Die eingeleiteten Schritte und Verschärfungen der Zielvorgaben der EU sind zu begrüßen. Wie in Deutschland sollte sich die EU ein Ziel für 2050 setzen. Voraussetzung für die Umsetzung der Ziele ist allerdings der Umbau der Stromnetze und der Ausbau der Speichertechnologien. Hier sollten seitens der EU die Anstrengungen verstärkt werden, insbesondere beim Ausbau der Stromverbände mit Skandinavien und Nordafrika.

Ein weiteres Ziel der ESDS ist, das Wirtschaftswachstum von der Verkehrsnachfrage zu entkoppeln und den umweltfreundlichen Verkehr zu fördern. Das Güterverkehrsvolumen stieg seit 2000 stark an, laut Prognosen wird es bis 2025 noch enorm zunehmen. Beim Personenverkehr lag der Straßenanteil 2007 bei 83 Prozent. Ziel muss es deshalb sein, Verkehr künftig stärker unter dem Aspekt Mobilität zu betrachten.

Dabei ist zu beachten, dass in den Mitgliedsstaaten beim Stand der Entwicklung noch erhebliche Ungleichgewichte bestehen und die Politikinstrumente entsprechend differenziert gestaltet sein müssen.

Sowohl Politik als auch Wirtschaft und Gesellschaft sind aufgefordert, gemeinsam Lösungswege zu beschreiten, um das Potenzial der Umwelttechnologien auszubauen. Ziel sollte dabei eine möglichst umfassende Verbreitung moderner Umwelttechnologien auf hohem Niveau und die Sicherung eines möglichst großen Marktanteils europäischer Umwelttechnologien im globalen Wettbewerb sein. Gleichzeitig muss sowohl auf europäischer Ebene als auch international die Bevölkerung als „Endnutzer“ der Umwelttechnologien mitgenommen und von der Sinnhaftigkeit der Neuentwicklungen überzeugt werden. Gerade für Entwicklungsländer ist der Einsatz erneuerbarer Energien unbedingt in Entwicklungskonzepte unter Beachtung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen einzubetten.

Aus Sicht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung sollte bei der Einführung neuer Umwelttechnologien berücksichtigt werden, dass Förderprogramme, z.B. im Bereich Gebäudesanierung, über die Fördersumme hinausgehende private Mittel generieren. Wenn es gelingt, einen Weg zu finden, der ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Aspekte miteinander vereint, sind die Umwelttechnologien auf einem guten Weg, nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzeugen.

(Zu Frage 11) Beitrag und Ziele der EU für eine verbesserte internationale Umwelt-Governance und Stärkung der UNEP

Der PBNE schlägt in Anbetracht der großen globalen Herausforderungen (Endlichkeit der Ressourcen, CO₂-Emissionen, etc.) vor, eine internationale Umwelt-Governance zu etablieren. Diese sollte das Handeln der zahlreichen sehr engagierten UN-Organisationen und UN-Programme, die Vielzahl an einzelnen Umwelt-Regimen, aber auch einzelner UN-Mitgliedsstaaten koordinieren und überwachen. Es wäre wünschenswert, wenn diese darüber hinaus selber aktiv wird. Dies wäre ein Baustein, um eine weltweite Zustimmung zu öko-

logischer und nachhaltiger Politik zu erreichen. Der PBNE rät der EU, sich für die Einrichtung einer United Nation Environmental Organization einzusetzen.

(Zu Frage 12) Form der Institutionalisierung von Nachhaltigkeit auf globaler Ebene

Die bestehende Stellung und Infrastruktur aber auch die Ergebnisse der UNCSD sind nicht zufriedenstellend. Der PBNE hält es für notwendig, den Nachhaltigkeitsgedanken im UN-System zu stärken. Diskutiert wird, die UNCSD zu stärken und ihr eine sowohl aktivere als auch bedeutendere Stellung innerhalb des bestehenden UN-Gefüges beizumessen. Denkbar wäre alternativ auch die Gründung eines „Sustainability-Boards“. Die Diskussion über die institutionelle Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens innerhalb des UN-Gefüges wird im PBNE derzeit noch geführt. Die Mitglieder des PBNE sind sich jedoch einig darin, dass die Nachhaltigkeits-Governance eine Stärkung erfahren muss.